

5. Kaufkraft-Paket II: Runder Tisch Kanton mit Gemeinden zu „Unterstützungsmassnahmen“

Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Tobias Langenegger (SP, Zürich) vom 3. Oktober 2022

KR-Nr. 365/2022, RRB-Nr. 1391/26. Oktober 2022 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine Ablehnung am 26. Oktober 2022 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Wir wissen es: Die Preise für Energie sind in den letzten Monaten stark gestiegen. Vor allem für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln stellen diese Kostensteigerungen eine grosse Belastung dar. Ich nehme es vorweg: Die lapidare Beantwortung der Regierung auf unser Postulat, in welchem sie auch unsere Forderung nach Minimalstandards nicht beantwortet, ist gelinde gesagt enttäuschend und zeugt keinesfalls von einem «Ernstnehmen» der Situation der Menschen, die bereits vor den steigenden Energiepreisen und dem Teuerungsanstieg und den steigenden Krankenkassenprämien Ende Monat jeden Rappen umdrehen mussten. Ganz im Gegenteil. Es wird auf den geplanten Teuerungsausgleich in der Sozialhilfe und auf bereits bestehenden Austausch mit dem GPV (*Verband der Gemeindepräsidien des Kantons Zürich*) verwiesen.

Es geht in unserem Postulat aber nicht um die Menschen, die heute Sozialhilfe beziehen. Es geht um Menschen, die einkommensschwach sind, aber aufgrund ihres Einkommens noch keinen Anspruch auf Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen haben. Es geht um die Menschen, die Ende Monat nicht mehr viel «spatzig» haben, die jetzt mit den steigenden Preisen in die Bredouille kommen. Diese soll der Staat unterstützen und die Auswirkungen der Preissteigerungen abfedern.

Bislang sind die Gemeinden und die Städte auf sich allein gestellt, ob und wie sie besonders vulnerable Menschen im Umgang mit den steigenden Preisen unterstützen. So hat beispielsweise die Stadt Zürich im Dezember eine Energiekostenzulage für einkommensschwache Haushalte finanziert. So werden in der Stadt Zürich rund 80'000 einkommensschwache Zürcherinnen und Zürcher entlastet, die aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse zwar keine Sozialhilfe oder EL (*Ergänzungsleistung*) beziehen, aber auf individuelle Prämienverbilligung angewiesen sind. Es haben nicht alle das Glück, in der Stadt Zürich zu wohnen. Auch in einzelnen Landgemeinden, beispielsweise meiner Wohngemeinde Glattfelden, in welcher ich Gemeinderätin bin, sind die Strompreise stark gestiegen. Auch bei uns sind viele Menschen betroffen, und wir können bei der Linderung der Preislast eine gewisse Hilfe anbieten. Aber unsere finanzielle Situation ist eine ganz andere, als diejenige der Stadt Zürich. Ist es nun also fair, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Glattfelden keine Unterstützung erhalten, diejenigen der Stadt

Zürich aber schon? Lebenswert und fair wäre es doch, wenn alle Menschen im Kanton Zürich entlastet werden würden. Und solche Minimalstandards und eine gezielte Gesprächsrunde zum Thema, so etwas fordern wir mit unserem Postulat. Vielen Dank, wenn Sie unsere Forderung mittragen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Dieses Postulat spricht ein ernsthaftes Problem an. Wenn Sie die Statistiken ansehen, wird klar, dass heute vor allem die untersten Einkommensklassen mit den Wohnkosten belastet sind. Diese Wohnkosten fressen relativ viel vom Einkommen weg. Dass heute viele Leute aus der Stadt wegziehen müssen, ist eine Folge davon, dass die Wohnkosten in dieser Stadt recht hoch geworden sind. Das ist ein reales Problem, das die Leute beschäftigt. Das andere Problem sind die Krankenkassenprämien; das ist auch ein wesentliches Problem. Das ist trotz IPV (*Individuelle Prämienverbilligung*) so, die ja, wie wir jetzt wissen, erst im Nachhinein ausbezahlt wird und erst noch zu 80 Prozent. Das ist eben auch eine Belastung. Das dritte Problem sind die Energiepreise. Sie sinken zwar global, aber das Problem ist, dass die Energieunternehmen die Energie für die nächsten zwei Jahre bereits eingekauft haben. Deshalb kann man davon ausgehen, weil bei diesem Hochpreisdruck eingekauft werden musste, dass vor allem im nächsten Jahr und teilweise auch im übernächsten Jahr nochmals eine Energie-Preissteigerung erfolgen wird, auch wenn heute die Preise global aktuell sinken. Das ist das reale Problem.

Zur Umsetzung des «runden Tisches» und zur Qualität dieses Vorschlages möchte ich nicht allzu viel sagen. Er reiht sich eigentlich in den heutigen Tag ein, der doch sehr originell war, der mit dieser uferlosen Debatte (*beim vorangegangenen Traktandum*) bereits sehr speziell begonnen hat und mit dem einsamen Höhepunkt dieser Work-Life-Balance-Diskussion zu Ende geht. Trotz allem, auch wenn man sich über die Qualität der Umsetzung der Idee streiten kann, werden wir dieses Postulat unterstützen: Es greift ein ernsthaftes Problem auf.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Ich kann es eigentlich kurz machen. Aus unserer Sicht hat der Regierungsrat in seiner Antwort schon alles gesagt. Ein Teuerungsausgleich um zweieinhalb Prozent für Sozialhilfe ist bereits seit diesem Jahr in Kraft. Für die Umsetzung sind die Gemeinden zuständig. Für die gemeinsame Bewältigung von gegenwärtigen Herausforderungen mit den Gemeinden stehen schon verschiedene Gremien zur Verfügung, mit denen sich der Kanton regelmässig austauscht und zusammenarbeitet. Für ein weiteres Gremium besteht aus Sicht der Grünliberalen kein Bedarf. Das Rad muss nicht neu erfunden werden, solange es noch rollt. Die Grünliberalen werden das Postulat nicht überweisen.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Menschen, die finanziell knapp sind, finden in den Gemeinden bezüglich Unterstützung sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen vor. Die Richtlinien der SKOS (*Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe*) und beispielsweise das Zusatzleistungsgesetz oder andere Gesetze im Sozialbereich

gelten zwar überall, aber es gibt Handlungsspielraum, und zwar speziell für diejenigen Menschen, die finanziell knapp sind, aber noch nicht oder nicht bezugsberechtigt für Leistungen sind.

Im letzten Herbst und auch dieses Jahr gab es eine plötzliche, starke Mehrbelastung durch die steigenden Energiekosten. Die Gemeinden haben sehr unterschiedlich darauf reagiert. Ich komme aus der Stadt Zürich, weswegen ich die Situation dort sehr gut kenne. Die Stadt hat die erwähnte Energiekostenzulage für Menschen, die IPV beziehen, bewilligt. Das betrifft Menschen, die in knappen finanziellen Situationen leben, aber keine Sozialhilfe beziehen. Andere Gemeinden, die haben nichts gemacht, ausser das, was sie einfach müssen, beispielsweise diese 2,5 Prozent Teuerungsausgleich in der Sozialhilfe auszurichten.

Das Leben in Armut und ganz speziell auch das Leben an der Armutsgrenze und die soziale Gerechtigkeit in unserem Kanton sind gewichtige Themen. Dabei ist zu beachten, dass die Unterstützung nicht davon abhängen darf, in welcher Gemeinde man im Kanton Zürich gerade lebt. Das ist gewichtig genug, dass sich die Gemeinden zusammensetzen sollen, in einer speziellen Runde zusammensetzen sollen, und zwar an diesem «runden Tisch», um sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Wir Grünen unterstützen das Postulat.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach): Ich muss Ihnen recht geben, die Energiepreise haben in den letzten zwei Jahren massiv zugelegt, die Krankenkassenprämien sind seit der Einführung des KVG (*Krankenversicherungsgesetz*) praktisch ins Unermessliche gestiegen. Es ist halt so, dass Sie mit Ihrer Politik massgeblich mitverantwortlich sind, dass die Bevölkerung Ende des Monats immer weniger im Portemonnaie hat. Ich erinnere Sie ans KVG-Gesetz, dass Sie gegen unsere Bedenken massiv schöneredet haben. Wenigstens gibt es jetzt im Kanton Zürich höhere Steuerabzüge dank der SVP. Ich erinnere Sie an die Energiestrategie 2017, die sie ebenfalls massiv schöneredet haben. Für unsere Bürger fallen jetzt im Schnitt 30 Prozent höhere Stromkosten an. Ich erinnere Sie an die Zuwanderung, die 2022 180'000 Personen erreicht hat, also mehr als das Anderthalbfache der Stadt Winterthur. Haben Sie das Gefühl, diese Masseneinwanderung übe keinen Druck auf die Mietpreise aus, auf die Staus auf unseren Strassen, Druck auf den übervollen ÖV? Die Gemeinden müssen massiv in neue Schulräume investieren und neues Lehrpersonal anwerben, und dies bei einer Lehrermangelsituation, was natürlich bei den Gemeinden zu höheren Steuern führen wird.

Es kommt mir vor, dass der Brandstifter nun Feuermann spielen will. Es ist doch sinnvoller, von Anfang an eine Politik zu betreiben, die unsere Bürger finanziell entlastet statt belastet. Dann können Sie sich ihre «Pflästerli»-Politik sparen. Ebenso sind wir mit dem Regierungsrat einig, dass die entsprechenden Gremien bereits zur Verfügung stehen, bei denen die Gemeinden bei Bedarf aktiv werden können. Lehnen Sie dieses Postulat ab und machen auf diese Weise eine Politik wie die von der SVP/EDU-Fraktion für unsere Bevölkerung. Besten Dank.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ich durfte schon zur Dringlichkeit des Postulats sprechen. Da habe ich mich inhaltlich bereits geäußert. Ich kann mich entsprechend kurzfassen.

Bei der Begründung hat die Postulantin die Tonalität ein wenig geändert; sie hat vom «runden Tisch» abgelenkt und hat nun eine Debatte zum Thema «Mindeststandard» angeregt, wohl in der Erkenntnis, dass die nötigen Gremien vorhanden sind. «Runde Tische» braucht es nicht. Wir haben eine Sozialkonferenz, die sich insbesondere mit dem Thema auseinandersetzt. Auch wurden in der aktuellen Situation verschiedene Gremien gebildet, die sich mit der Thematik auseinandersetzen. Ich glaube auch, dass wir da Glück haben, dass nicht wieder das Misstrauensvotum vom letzten Mal zum Tragen kommt, als man von Gemeindelotterie gesprochen hat, denn die Individualität ist genau die Stärke unseres Kantons. Ihre Gemeinde, Frau Dünki, wird so handeln, wie sie es für angemessen erachtet. Die Stadt Zürich hat ihren Weg gefunden. Also, überlassen wir das doch den Gemeinden. Diese Autonomie ist wichtig und wertvoll.

Auch wir von der FDP meinen, dass wir genügend Gefässe haben und gerüstet sind. Durch diese Anhebung der Teuerung sind wir auch bezüglich der Kosten up to date. Wir lehnen den Vorstoss ab.

René Isler (SVP, Winterthur): Dieses Postulat ist genau der Humor, den ich noch brauche. Diese Kosten haben Sie selbst verursacht. Wenn ich an meine Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Winterthur – über alle Parteien hinweg – anspreche, ihr wisst ja, dass wir den günstigsten Strom gar nicht mehr beziehen dürfen, weil eure Ideologie das nicht zulässt. Wir haben ihn im Netz, doch wir dürfen ihn nicht beziehen, weil es grauer Strom ist. Der fliesst zwar immer noch durchs Netz, aber den dürfen wir nicht nehmen. Jetzt kommen Sie und jammern uns vor, dass die Energiepreise durchs Dach gehen. Es war ja einer von euch Grünen, der kürzlich gesagt hat, dass die ganze Energiewende pro Familie und Haushalt nicht mehr als 40 Franken im Jahr kostet. So gehen Sie jetzt zu Ihren Kolleginnen und Kollegen nach Bundesbern und sagen, entweder kaufst du dir einen neuen Taschenrechner oder erklärst uns mal, wie du auf diese 40 Franken gekommen bist. Nur weil Sie aufgrund ideologischer und weltfremder Energiestrategien nun merken, dass das, was Sie da postuliert haben, ein Preisschild hat; jetzt hat es ein Preisschild. Darum verlieren Sie jetzt auch Wahlen um Wahlen. Die Bürgerinnen und Bürger merken jetzt, diesen Schwachsinn können wir uns ja gar nicht mehr leisten. Also gehen wir zurück zu den Wurzeln, nehmen wir den Strom im Markt, der noch bezahlbar ist und der auch unserem Gewerbe Gutes bringt. Dann können wir diesen «runden Tisch» meinetwegen eckig machen und ein Bier trinken. Dann hat sich das erledigt.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden) spricht zum zweiten Mal: Vielen Dank für diese inspirierende Debatte. Es scheint heute etwas im Wasser zu sein.

Jörg Kündig, sorry, aber ich habe keinesfalls vom «runden Tisch» abgelenkt. Denn es ist uns wichtig, dass man das Thema gezielt und in einem speziell dafür

gewidmeten Austausch anschaut. Genauso wichtig ist es uns, dass es eben Minimalstandards gibt, weil, sorry, es gibt eine Art Gemeindelotterie, weil – wie du selber gesagt hast –, nicht alle die gleichen Voraussetzungen haben. Deshalb braucht es Minimalstandards, damit es allen Menschen im Kanton Zürich gut geht und nicht nur denen, die in Zürich wohnen und eine solche Energiekostenzulage bekommen. Dann muss man schon auch noch einmal sagen, die Energiekrise, das ist eine Gaskrise. Und das Gas, das hat gefehlt, weil Putin (*Wladimir Putin, russischer Präsident*) die Ukraine angegriffen hat, nicht wegen des Energiegesetzes. Das hat damit gar nichts zu tun. Das können Sie von der SVP auch noch fünfmal wiederholen; es wird dadurch nicht wahrer. Und, liebe SVP, Sie machen es halt wie immer: Um nicht handeln zu müssen für Menschen mit tiefem Einkommen, zeigen Sie einmal mehr auf andere, Linke, Ausländerinnen und Ausländer oder eben: Hauptsache nicht wir.

Regierungsrat Mario Fehr: Ich möchte zunächst festhalten, dass wir dieses Anliegen sehr ernst nehmen. Die Steigerung der Krankenkassenprämien und Energiepreise hat tatsächlich viele Menschen, die nichts mit dieser Energiepolitik zu tun haben, in Not gebracht. Diese Not, glaube ich, müssen wir ernst nehmen. Ich glaube aber, dass wir versucht haben, dort zu reagieren, wo wir haben reagieren können, indem wir beispielsweise die Anpassung des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt bei der Sozialhilfe sogar vorgezogen haben – im Gegensatz zum Beispiel zu den Kantonen Bern und St. Gallen. Indem wir diesen Teuerungsausgleich auch dem kantonalen Personal gewährt haben, was in der Folge auch dazu geführt hat, dass in der Privatwirtschaft, in anderen öffentlichen Institutionen wahrscheinlich die Kaufkraft gestärkt wurde. Wir sind allerdings dezidiert der Meinung, dass die Gefässe ausreichen, die Sozialkonferenz, die Gesundheitskonferenz, der Verband der Gemeindepräsidenten. Ich habe auch regelmässig Austausch im Rahmen der Ostschweizer Sozialdirektorinnen und -direktoren-Konferenz, im Rahmen der schweizerischen Konferenz. Sie können wirklich davon ausgehen, dass die Leute, die in diesem Bereich engagiert sind, es ernst nehmen, egal, ob es dort einen «runden Tisch» gibt oder nicht. Wir nehmen diese Anliegen ernst, wir haben sie ernst genommen, wir werden sie ganz klar auch in Zukunft sehr ernst nehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 365/2022 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.